



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse

UB-Parteitag, 22. September 2018

- A 23 Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit!**
Antragssteller: Unterbezirksvorstand, AG 60 plus
- A 24 Migration und Integration**
Antragssteller: Ortsverein Gartenstadt-Vahr
- A 25 Opfer des NSU Terrors nicht vergessen**
Antragssteller: Schwachhausen Süd-Ost
- A 26 Die notwendige Umstellung auf regenerative Energien gelingt nur mit den Bürgern vor Ort**
Antragssteller: Osterholz
- A 28 Jüdisches Leben sichtbar machen**
Antragssteller: Schwachhausen Süd-Ost
- A 29 Umdenken bei der Auswahl von Give Aways**
Antragssteller: Ortsverein Kattenturm-Kattenesch
- A 30 Fahrtkosten für Arztbesuche**
Antragsteller: Ortsverein Kattenturm-Kattenesch
- A 32 Frauenförderung bei der Listenaufstellung und in der Partei stärken**
Antragsteller: Unterbezirksvorstand
- A 33 öffentliche Plattform für den elektronischen Handel**
Antragsteller: Ortsverein Peterswerder/Steintor
- I 1 Causa Maaßen**
Antragsteller: Ortsverein Huchting/Grolland und Buntentor

Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit!

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine qualitativ hochwertige und menschenwürdige Pflege im Krankenhaus, in der stationären Altenpflege oder in der ambulanten Pflege angewiesen. Der Bedarf nach hochwertigen Pflegeleistungen wird in einer älter werdenden Gesellschaft weiter steigen. Die Versorgung zu sichern ist zentrale Aufgabe der Politik.

Dabei ist klar: ausreichendes und qualifiziertes Personal ist die Grundvoraussetzung für gute Pflege. Dies spiegelt sich bislang noch zu wenig in den Arbeitsbedingungen der Pflegebeschäftigten wieder: zu geringe Bezahlung, zu wenig Personal, Arbeitsverdichtung und Bürokratisierung sowie oftmals das Gefühl, vor dem Hintergrund des Zeitdrucks den eigenen Ansprüchen an gute Pflege nicht gerecht werden zu können, kennzeichnen viel zu oft den Arbeitsalltag von Pflegebeschäftigten.

Deshalb steht für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fest: Menschenwürdige Pflege braucht gute Arbeit! Wir wollen, dass sich mehr junge Menschen für eine Ausbildung in der Pflege entscheiden. Pflegebeschäftigte sollen nicht in Teilzeit oder sogar ganz aus ihrem Beruf flüchten, weil die Arbeitsbelastung auf Dauer zu hoch ist. Eine bessere Personalausstattung bedeutet auch eine bessere Qualität der Pflege. Es braucht ein Maßnahmenpaket für gute Arbeit in der Pflege – im Interesse der Pflegebedürftigen sowie der Pflegebeschäftigten:

- Grundvoraussetzung für gute Arbeit ist tarifliche Entlohnung. Daher begrüßen wir den Durchbruch in der Bundespolitik, wonach Tarifsteigerungen in Krankenhäusern und der stationären Altenpflege zukünftig refinanziert werden. Im Gegenzug erwarten wir von den Tarifvertragsparteien, die Anstrengungen für eine höhere Tarifbindung zu intensivieren. Wir setzen uns als SPD dafür ein, dass die Refinanzierung von Tarifsteigerungen auch auf die ambulante Pflege ausgeweitet wird.
- In Bremen unterstützen wir die Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände in ihrem Bestreben nach einer Allgemeinverbindlichkeit für den Ausbildungstarifvertrag in der Altenpflege. Die letzte Vereinbarung wäre bereits ein Meilenstein für die Pflege gewesen. Wir bedauern, dass sie an ideologischer Borniertheit branchenfremder Arbeitgebervertreter gescheitert ist. Es ist Zeit für einen neuen Anlauf! Damit machen wir die Ausbildung in der Altenpflege attraktiver und machen uns auf den Weg zu einer einheitlichen Tarifstruktur für die gesamte Pflege.
- Zudem brauchen wir eine bessere Personalausstattung. Deshalb stehen wir in der stationären Altenpflege zur Fachkraftquote und haben die Mindestpersonalvorgaben angehoben. Damit die Vorgaben auch verlässlich eingehalten werden, werden wir die Wohn- und Betreuungsaufsicht stärken. Bei der Entwicklung eines bundesweit einheitlichen Instrumentariums muss die aktuell von der Bremer Universität für die Bundesregierung durchgeführte wissenschaftliche Analyse Grundlage für die politische Entscheidung sein, um die Personalbedarfe realistisch abzubilden.

45

Die Situation in der stationären Krankenpflege ist dadurch gekennzeichnet, dass mehr PatientInnen bei einer kürzeren Verweildauer durch weniger Pflegebeschäftigte betreut werden müssen. Es muss festgelegt werden, wie viele Pflegekräfte in einer Schicht eingesetzt werden und welche Qualifikation sie vorweisen müssen. Die Pläne des Bundesgesundheitsministers, sich bei der Personalbemessung auf sogenannte pflegesensitive Bereiche zu beschränken, lehnen wir als nicht ausreichend ab. Wir erwarten, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, klare gesetzliche Regelungen zur Personalbemessung auf *allen* bettenführenden Krankenhaus-Abteilungen. Auch dass die Mindestausstattung am unbefriedigenden Ist-Zustand gemessen wird, halten wir für unzureichend. In Bremen werden wir die Wirkung des neuen Bundesrechts nach seinem Inkrafttreten auswerten und prüfen, ob wir weitere Verbesserungen durch Vorgaben zur Personalbemessung im Landeskrankenhausgesetz erreichen können.

50

55

60

- Wir werden eine/n Pflegebeauftragte/n des Senats schaffen, der die Interessen der zu Pflegenden, ihrer Angehörigen und zusammen mit den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerkammer die Interessen der in der Pflege beschäftigten wahrnimmt und sich für eine Verbesserung der Pflege einsetzt. Eine Pflegekammer, die aus Beiträgen der Arbeitnehmer*innen Aufgaben des Staates und der Arbeitgeber finanziert, lehnen wir im Schulterschluss mit den Gewerkschaften ab.

65

70

- Wir brauchen mehr Fachkräfte in der Pflege. Neben Anstrengungen für mehr Ausbildung müssen wir auch Aufstiege fördern. Dabei muss auch Ansprüche auf Qualifizierung haben, wer nicht von Arbeitslosigkeit bedroht ist. Deshalb fordern wir, die Bundesagentur für Arbeit zu einer „Agentur für Arbeit und Qualifizierung“ zu machen. Bis dahin werden wir den bremischen Weg weiter gehen, Aufstiege für Pflegehilfskräfte zur Fachkraft durch das Programm „Wegebau“ zu ermöglichen. Bei unseren Bemühungen, Weiterbildungen im Land Bremen künftig mit einem Qualifizierungsgeld zu fördern, werden wir insbesondere Pflegebeschäftigte in den Blick nehmen.

Der Landesparteitag möge beschließen
der Bundesparteitag möge –als Beitrag zum Bundesparteiprogramm - beschließen

Migration und Integration

5

Das Grundrecht auf Asyl ist für uns unantastbar, eine Flüchtlings- und Asylpolitik nach humanitären Maßstäben ist für uns Pflicht. Verfolgten Menschen geben wir Schutz und die Möglichkeit, in Deutschland sicher zu leben. Wir fordern zudem, dass Menschen die aufgrund von Hunger, Klimakatastrophen und Armut fliehen ebenfalls als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention kategorisiert werden. Flüchtlingen - vor Krieg und anderen Gefahren - bieten wir einen menschenwürdigen Aufenthalt in Deutschland. Viele wünschen sich eine Rückkehrmöglichkeit in ihre Heimat, so dass die Zeit in Deutschland zum Teil tatsächlich zeitlich befristet ist. Andere brauchen nach Jahren des Schutzstatus eine dauerhafte Bleibeperspektive bei uns. Wer als Asylsuchender kam und sich nachweisbar integriert, dem sollen auch andere Einwanderungsmöglichkeiten offen stehen. Einwanderungswilligen ermöglichen wir ein Leben in Deutschland, wenn sie Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Integration in unsere Gesellschaft mitbringen oder bereit sind zu erfüllen.

10

15

20

Für alle Zuwanderer – ebenso wie für deutsche Staatsbürger - gilt das Grundgesetz. Wir erwarten von allen Einwohnern unseres Landes, dass sie sich zu unserer grundgesetzlich beschriebenen Ordnung bekennen und sie leben. Das bedeutet auch, dass wir den Aufbau und die Existenz von sog. Parallelgesellschaften, die den Werten unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung entgegenstehen, ablehnen und ggf. unterbinden. Wir alle haben Diskriminierungen zu unterlassen und unser Zusammenleben auf der Grundlage gegenseitiger Wertschätzung zu gestalten. So fordern wir von uns, der Aufnahmegesellschaft, zum Beispiel auch eine höhere Toleranz gegenüber sprachlichen Unsicherheiten und den vermehrten Einsatz von einfachem Deutsch sowie weiteren Fremdsprachen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

25

30

Familienmitglieder sollen gesetzlich das Recht auf Familiennachzug erhalten; notwendige Härtefallregelungen sollen dabei großzügig gestaltet sein. Mittelfristig soll das Recht auf Familiennachzug von subsidiär Geflüchteten nach den Regelungen der Genfer Flüchtlingskonvention wiederhergestellt werden.

35

Um die Integration von allen Zuwanderern zu sichern, unterstützen wir sie mit einer Vielzahl von Maßnahmen:

40

Für eine erfolgreiche Integration ist der Spracherwerb notwendige Voraussetzung. Über unsere Sprache erfolgt auch der Zugang zum Austausch über gesellschaftliche Normen. Für Kinder im Kita-Alter halten wir unsere Kindertagesstätten offen, ergänzen die Betreuungsangebote um besondere Sprachförderungsmaßnahmen und erwarten von ihren beiden Elternteilen, an gesonderten Sprachkursen teilzunehmen. Wenn im jeweiligen Bundesland Vorschulunterricht eingerichtet ist, ist er auch für Zuwandererkinder verpflichtend. Aufbauend auf den allgemeinen Sprachkursen bedarf es weiterführender allgemeiner Sprachkurse und berufsbezogener Sprachförderungsangebote.

45

Schulpflicht und damit auch das Recht auf Beschulung besteht für alle Kinder und Heranwachsenden. Durch die Steuerung der Wohnbelegung in den Fällen, wo der Staat temporär Wohnraum zuordnet und durch eine Wohnraumpolitik, die günstigen Wohnraum in möglichst vielen Stadtteilen anbietet, wollen wir Ballungen von förderungsbedürftigen Zuwandererkindern in Schulklassen vermeiden. Dort, wo dies nur begrenzt erfolgreich ist, werden wir darauf hinwirken, dass Klassengrößen generell unter Berücksichtigung des besonderen Förderbedarfs, z.B. der Sprachintegration von frisch zugewanderten Kindern, mit dem Ziel festgelegt werden, Lernerfolge für alle Kinder möglichst gleichmäßig zu sichern.

Für Menschen im Alter von mehr als 16 Jahren werden wir die Anstrengungen intensivieren, sie zu einem Schulabschluss zu führen.

Für uns ist Erwerbstätigkeit maßgeblich für gesellschaftliche Teilhabe. Um Zuwanderern eine Orientierung für ihre Berufstätigkeit zu geben, werden wir die Vergleichbarkeit ihrer Berufsausbildung und -tätigkeit mit der in Deutschland maßgebenden prüfen und Teilqualifikationen einbeziehen. Dabei werden wir schulische und praktische Ausbildung trennen und ggf. ergänzende individuell bedarfsgerechte Bildungsangebote machen, um den Zuwanderern einen fairen Zugang zu unserer Berufswelt zu sichern. Es muss eine interkulturelle Öffnung in Form von Vielfalt in der Belegschaft erfolgen.

Einen fairen Berufszugang werden wir in Abstimmung mit den Arbeitgebern dadurch unterstützen, dass Bewerbungen ohne Angaben zum Geschlecht, Namen oder Bildinformationen generell eingeführt werden. Die Berufszugangsförderungen stehen allen in Deutschland lebenden arbeitsbereiten Menschen offen. Dasselbe gilt für gemeinnützig organisierte Arbeitsangebote.

Eine angemessene Wohnungsversorgung sicherzustellen, ist öffentliche Aufgabe. Dies kann durch Wohnangebote im Eigentum der öffentlichen Hand geschehen. Wir halten an unserer Forderung nach einer Steigerung von geförderten sozialen Wohnungen auf 30% fest. Öffentliche Wohneigentümer und geförderte private Wohneigentümer werden verpflichtet, ihre Wohnungsvergaben zur Vermeidung von Ballungen sozial Benachteiligter und von Zuwanderergruppen zu steuern. Damit ist der Segregation der Gesellschaft konsequent entgegenzutreten. Falls nötig ist eine Mietpreispolitik ebenfalls diesem Ziel unterzuordnen.

Für einzelne Zuwanderergruppen, z.B. geflüchtete junge Erwachsene, kann es zweckmäßig sein, ihre Integration durch Maßnahmen des ‚betreuten Wohnens‘ zeitlich begrenzt zu unterstützen. Diese Maßnahmen müssen in ihrer Intensität wirksam sein.

Solidarität und die Bedingungen erfolgreicher Integration in Europa werden erheblich verbessert, wenn die Verteilung von Zuwanderern auf europäischer Ebene geregelt wird. Länder am geografischen Rand der EU können nicht allein die Zuwanderung in die Gemeinschaft aufnehmen. Wir fordern von der EU bzw. den europäischen Mitgliedstaaten endlich entsprechende solidarische Regelungen. So könnte man bei Mitgliedsstaaten, die bereit sind Geflüchtete aufzunehmen, positive (finanzielle) Anreize setzen.

95 Die in Deutschland geltende Meldepflicht ist ein wichtiges Mittel, um die Ordnung und letztlich auch die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir halten es für eine Pflicht von allen, korrekte Angaben im Rahmen der Meldepflicht zu machen.

100 Alle Vereinigungen, Vereine und Gemeinschaften in unserem Gemeinwesen haben die Regeln unserer gesellschaftlichen Ordnung einzuhalten. Einflussnahmen von außen, die gegen unsere Ordnung gerichtet sind, werden wir unterbinden. Um dies zu sichern, aber auch um dem wachsenden organisierten Rechtsextremismus Einhalt zu gebieten, fordern wir die Verfassungsschutzorgane auf, etwaigen Verstößen konsequent nachzugehen. Die politische Neutralität sowie der Schutz der Kernbereiche des Persönlichkeits-
105 rechts müssen hierbei die Grundlage der Arbeit darstellen. Als positives Beispiel ist das Vorgehen des Bremer Verfassungsschutzes bei der Untersuchung der „Jungen Alternativen“ zu nennen.

110 Gleichzeitig möchten wir Initiativen zur politischen Bildung und zur interkulturellen Kompetenz in Vereinen fördern.

Die Meldepflicht ist auch Grundlage für die in unserem Sozialstaat verankerte Sicherung einer menschenwürdigen Existenz. Eine menschenwürdige Existenz darf nicht an der Frage, ob jemand In- oder Ausländer ist, abhängig sein.
115 Unter den Regeln unserer verfassungsrechtlichen Ordnung begrüßen wir sowohl das Leben unserer kulturellen Diversität, als auch die der Zuwanderer. Kulturelle Vielfalt ist ein selbstverständliches Element einer Föderationsverfassung und wird durch Zuwanderung bereichert. Ihrer Verbreiterung in Deutschland werden wir uns eingedenk unserer eigenen vielfältigen historischen Verantwortlichkeit stellen.

120

Die Opfer des NSU Terrors nicht vergessen

- 5 Der Senat wird aufgefordert, sich für die Benennung von Straßen und Plätzen nach den Opfern des NSU-Terrors einzusetzen. Eine Vorschlagsliste mit Namen soll zusammen mit den Angehörigen aufgestellt werden. Die endgültige Entscheidung treffen die Beiräte der Stadt Bremen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Die notwendige Umstellung auf regenerative Energien gelingt nur mit Bürgern vor Ort

5 Der Parteitag kritisiert die Handlungsweise des Senators für Bau und Umwelt und des Gewerbeaufsichtsamtes, vor Entscheidung des Petitionsausschusses und vor Abschluss laufender parlamentarischer Initiativen, durch Erteilung einer Baugenehmigung für das Windrad Fakten zu schaffen.

10 Die Verantwortlichen aus dem Senat werden gebeten, die Energiekontor AG zu einem Verzicht auf diesen unzumutbaren Standort zu bewegen und die Alternative in der Hemelinger Marsch zu realisieren – gegebenenfalls auch für zwei Windenergieanlagen.

15 Der Parteitag fordert die Bürgerschaft auf, umgehend Prüfungen einzuleiten, ob der Naherholungsbereich Bultensee auch nach Errichtung des Windrades schon aus Gründen des Infrastrukturschalls gefahrlos weiter durch die Erholungssuchenden genutzt werden kann.

Der Parteitag fordert die Bürgerschaft darüber hinaus auf, Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Wohngebieten zu beschließen.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das jüdische Leben stärken und sichtbar machen!

- 5 Der Senat wird gebeten, die Möglichkeiten zu prüfen und zu zulassen, Ausweitung jüdischen Lebens in Bremen und Bremerhaven weiter zu fördern. Dabei sollten auch die vielen alten und neuen Facetten jüdischen Leben in dieser Region widerspiegeln und alte Spuren jüdischer Geschichte und Orte in Bremen und Bremerhaven belebt und sichtbar gemacht werden.
- 10 So soll sich das Land Bremen zu einem modernen Standort entwickeln, in dem sich jüdische Menschen in Deutschland alternativ zu Israel und anderen jüdischen Zentren leben können und wollen.

Umdenken bei der Auswahl der Give Aways für die Wahlkämpfe in Bremen und Bremerhaven 2019

- 5 2019 werden drei Wahlen in Bremen und Bremerhaven stattfinden. Bei der Gelegenheit werden an den Infoständen gerne sogenannte Give Aways verteilt. Wir bitten den Landesvorstand, darüber nachzudenken, ob man anstatt Kugelschreiber aus Plastik, Luftballons etc. etwas Nachhaltiges und aus umweltverträglichen Materialien –z. B. Kaffee-to-go-Becher aus Bambusfasern, Baumwoll-/Jutebeutel, umweltfreundliche Schreibwaren - vergibt.

10

Fahrtkosten für Arztbesuche

5 Der SPD Unterbezirk fordert die gesetzlichen und privaten Krankenkassen auf, die Fahrtkosten für Facharzt- und Hausarztbesuche wieder zu übernehmen.

Frauenförderung bei der Listenaufstellung und in der Partei stärken

Der Parteitag bittet den Vorstand, gemeinsam mit der ASF und den Jusos bis zum nächsten
5 Parteitag Vorschläge vorzulegen, wie

- in der Satzung sichergestellt wird, dass die Mandatskommission zu mindestens 40 %
aus Frauen besteht, auch für den Fall, dass die Vorschläge aus den Regionaleinheiten
dies nicht ermöglichen,
- 10 ▪ die Bürgerschaftsliste künftig mindestens zur Hälfte aus Frauen besteht,
- mehr Frauen – frühzeitig – für die Kandidatur für die Bürgerschaft motiviert und ge-
wonnen werden können,
- 15 ▪ sonstige Erfahrungen anderer Gliederungen auch in unserem Unterbezirk dazu beitra-
gen können, die Beteiligung von Frauen in den Aktivitäten der SPD zu verbessern, ins-
besondere auch auf den Parteitag.

Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Etablierung einer öffentlichen Plattform für den elektronischen Handel und
Verbot der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch exzessive Datensammlungen**

5

1. Die SPD setzt sich in Bund und Europa dafür ein, der zunehmenden Vermachtung des Internethandels durch private Monopole durch den Aufbau einer öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Handelsplattform zu begegnen, die allen Anbietern einen diskriminierungsfreien Marktzugang ermöglicht und gleichzeitig auf die Ausschnüffelung der Nutzer durch die exzessive Sammlung und Auswertung von Daten verzichtet.

10

15

2. Die SPD setzt sich in Bund und Europa dafür ein, die systematische Sammlung und Erstellung von Persönlichkeitsprofilen zur Manipulation des Konsum- und Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger zu untersagen bzw. derartige Möglichkeiten nach und nach rechtlich, technisch und durch effektive Aufklärungsmaßnahmen – insbesondere in den Schulen - einzuschränken und schließlich zu beseitigen.

Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf, sich ausdrücklich von der im Fall Maaßen getroffenen Vereinbarung zu distanzieren. Zudem fordern wir ihn auf, die Grenzen der Kompromissbereitschaft innerhalb der Großen Koalition klar zu definieren und transparent zu machen. Wir fordern von der Bundeskanzlerin, dass sie von ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch macht und Innenminister Horst Seehofer entlässt. Sie hat für eine handlungsfähige Regierung zu sorgen, die den Interessen des Landes dient und nicht den Interessen der Herren Seehofer und Maaßen. Der Unterbezirksvorstand soll von den sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern im Bundeskabinett fordern, der Ernennung von Herrn Maaßen zum verbeamteten Staatssekretär nicht zuzustimmen und ihn in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.